



Diskussionsforum Teilhabe und Prävention

Herausgegeben von:

Dr. Alexander Gagel & **Dr. Hans-Martin Schian**

in Kooperation mit:

Prof. Dr. Wolfhard Kohte
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Ulrich Preis
Institut für Deutsches und
Europäisches Sozialrecht,
Universität zu Köln

PD Dr. Felix Welti
Institut für Sozialrecht und
Sozialpolitik in Europa, Christian-
Albrechts-Universität zu Kiel

Dezember 2006

Forum A

Leistungen zur Teilhabe und Prävention
– Diskussionsbeitrag Nr. 13/2006 –

Rechtsverhältnisse zwischen Träger und behindertem Menschen in Bezug auf ein gewähltes andersartiges Hilfsmittel

von Dr. Alexander Gagel

In der Zeitschrift „Sozialrecht + Praxis“ 2006 Seite 382ff. hat Reinhard **Heckmann** aus der Sicht der Versorgungsverwaltung **Probleme** aufgezeigt, die sich für den zuständigen Träger ergeben, wenn der behinderte Mensch von seinen **Wahlrechten** aus § 9 und § 31 Abs. 3 SGB IX Gebrauch macht (siehe zu den Wahlrechten u.a. Diskussionsbeitrag A 4/2005 in diesem Forum). Als Beispiele nennt er unter anderem die Unsicherheit, welche **Folgen** sich bei Zuzahlung für ein teureres Hilfsmittel ergeben, **wenn das Hilfsmittel nicht mehr benötigt** und zurückgegeben wird. Problematisch sei auch die Berechnung der **Zuzahlung** bei Wahl eines teureren Hilfsmittels, **wenn** der Träger ein kostengünstiges **gebrauchtes Hilfsmittel** in Grundausstattung **zur Verfügung** habe. Als Drittes wird beklagt, dass bei Wahl eines unüblichen Hilfsmittels oft kaum **Weiterverwendungsmöglichkeiten** bestünden. Wir fügen den Aufsatz als Anlage diesem Diskussionsbeitrag bei.

Auf die aufgeworfenen Fragen versuchen wir im Folgenden Antworten zu geben.

Dr. Alexander Gagel
Marcus Schian
Dr. Hans-Martin Schian

Wir möchten Sie auch auf die Sammlung aller bisher erschienenen Diskussionsbeiträge im Internet unter www.igpr.de aufmerksam machen und Sie herzlich einladen sich an der Diskussion durch eigene Beiträge und Stellungnahmen zu beteiligen.

I. Wesentliche Aussagen:

1. Bei Erwerb oder Überlassungsverträgen mit dem Lieferanten entsteht bei Zuzahlung durch den Berechtigten im Zweifel eine Rechtsgemeinschaft (§§ 751 ff BGB).
2. Sie wird geprägt von dem dahinter stehenden Sozialrechtsverhältnis. Regelungen, die diesem nicht zuwiderlaufen sind möglich und sinnvoll.
3. Die Eigentumsverhältnisse an Hilfsmitteln, zu denen der Berechtigte einen Zuschuss geleistet hat, und die Folgen einer Rücknahme durch den Träger sollten grundsätzlich durch Vereinbarung geregelt und klargestellt werden.
4. Entsprechendes gilt bei Überlassungsverträgen (Miete, Pauschalverträge).
5. Bei Rückgabe eines Hilfsmittels, zu dem der Berechtigte einen Zuschuss geleistet hat, an einen Träger entsteht im Zweifel ein Anspruch auf einen Anteil des Zeitwerts, der dem Anteil beim Erwerb prozentual entspricht.
6. Bei Wahl eines teureren Hilfsmittels ist vom Berechtigten nur die Preisdifferenz zu einer entsprechenden Grundausstattung zu zahlen; der Zuschuss erhöht sich nicht dadurch, dass gebrauchte Geräte in Grundausstattung zur Verfügung stehen.
7. Probleme, die sich in Bezug auf die Weiterverwertung von Hilfsmitteln ergeben, führen nicht zu einer zusätzlichen Kostenbelastung des behinderten Menschen.
8. Erbringt ein an sich unzuständiger Träger wegen § 14 SGB IX ein Hilfsmittel, so umfasst sein Erstattungsanspruch die von ihm nach seinen Regeln aufgewendeten Kosten.
9. Bei einem Zuständigkeitswechsel ist es Sache des bisher zuständigen Trägers die weitere Erbringung sowie die Eigentumsverhältnisse an Hilfsmitteln zu regeln (dazu Diskussionsbeitrag B 7 /2006).

II. Erbringung von Hilfsmitteln

Entscheidender Ausgangspunkt aller Überlegungen ist das **Sachleistungsprinzip** (§ 2 Abs. 1 Satz 1 SGB V). Danach stellen die Krankenkassen dem Versicherten ihre Leistungen zur Verfügung. Dieser Grundsatz gilt auch soweit andere Träger zur Erbringung von Hilfsmitteln verpflichtet sind. Das kann in der Weise geschehen, dass das Hilfsmittel von dem zuständigen Träger direkt dem Versicherten zur Verfügung gestellt wird. Häufiger wird es aber von dem Versicherten aufgrund eines Rezepts oder Bewilligungsbescheids bei einem Leistungserbringer beschafft. In diesen Fällen wird der **Versicherte nicht Vertragspartner; er wird nur für den Träger tätig.**

In Fällen mit Zuzahlung gibt es einen gespaltenen Vertrag. Der Versicherte schließt den Vertrag mit dem Leistungserbringer einerseits für die Krankenkasse. Andererseits, bezogen auf den Anteil, der der Zuzahlung entspricht, ist er selbst Vertragspartei und verpflichtet sich selbstständig gegenüber dem Leistungserbringer¹. Es entsteht eine Rechtsgemeinschaft (§ 751 ff BGB) und, soweit Eigentum erworben wird, **Miteigentum** (§§ 1008 ff BGB). Denn es ist im Zweifel davon auszugehen, dass derjenige, der bezahlt, auch entsprechend an den Rechten aus dem Vertrag und dem Eigentum beteiligt sein will. Die Vorschriften des BGB

¹ Vgl. Heinze, in Schulin, Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Bd. 1 Krankenversicherungsrecht, § 40 Rz. 74; zur Wahlfreiheit und ihren Folgen a.a.O. Rz.67 ff..

sind allerdings sehr lückenhaft und gelten überwiegend nur im Zweifel. Die Rechtsverhältnisse innerhalb der Gemeinschaft werden deshalb geprägt durch das dahinter stehende Sozialrechtsverhältnis. Darüber hinaus ist es sinnvoll zu häufig strittigen Punkten (z.B. Wertbemessung bei der Rückgabe von Hilfsmitteln) klarstellende Vereinbarungen zu treffen. Besondere Vereinbarungen sind jedenfalls möglich, dürfen aber natürlich nicht zu Lasten der Berechtigten gehen.

Bei der Erbringung von Hilfsmitteln gehen die verantwortlichen Träger verschiedene Wege:

1. Das Modell „Miete“.

Besonders bei nur kurzzeitig benötigten Hilfsmitteln, aber auch in anderen Fällen wird der Weg gewählt, das Hilfsmittel von einem Sanitätshaus oder dem Hersteller zu mieten. Hier stellen sich keine Probleme beim Eigentum und der Weiterverwertung. Bei Wahl eines teureren Hilfsmittel unter **Zuzahlung** durch den Berechtigten entsteht eine **Rechtsgemeinschaft** (§§ 741 ff BGB). Wenn der Träger den Mietvertrag über das teurere Hilfsmittel selbst abschließt, könnte intern geregelt werden, dass er gegenüber dem Vertragspartner alle Rechte und Pflichten aus dem Vertrag übernimmt und die auf den Berechtigten entfallenden Beträge von diesem einfordert (Zuschuss, Haftung für Beschädigungen).

2. Das Modell „Pauschale“

In diesem Modell wird laufend eine Pauschale an ein Sanitätshaus oder den Hersteller gezahlt, **die zugleich Wartung, Reparatur und Erneuerung abdeckt**. Auch hier ergeben sich keine Probleme mit dem Eigentum und der Wiederverwertung. Der behinderte Mensch zahlt bei Wahl eines teureren Hilfsmittels die Differenz zwischen der Pauschale für ein einfaches Hilfsmittel und der Pauschale für das teurere Hilfsmittel. Auch hier ist die Regel, dass bei Zuzahlung der Vertrag für den Träger und den Versicherten gemeinsam abgeschlossen wird und diese insoweit eine Rechtsgemeinschaft bilden.

3. Modell „Realleistung“

Im Vordergrund stehen wohl die Fälle, in denen der Träger das Hilfsmittel erwirbt und dem Berechtigten entweder real zur Verfügung stellt oder es diesem überlässt, es auf Rezept oder Bewilligungsbescheid zu besorgen. Im Regelfall ist davon auszugehen, dass das Hilfsmittel in solchen Fällen im **Eigentum des Trägers** verbleibt oder in sein Eigentum übergeht. **§ 13 Abs. 2 BVG** schreibt dies für die Versorgungsverwaltung sogar ausdrücklich vor.

Bei Wahl eines teureren Hilfsmittels wird der **Berechtigte Miteigentümer**. Soll der Träger Alleineigentümer werden, muss dies vereinbart und es müssen die Rechte des Betroffenen durch Vereinbarung gesichert werden. Wird der Träger Eigentümer und geht das Hilfsmittel an ihn zurück, können – sofern keine Vereinbarung vorliegt - Ansprüche aus **ungerechtfertigter Bereicherung** in Betracht kommen. Die Auffassung vieler Träger, dass dann der Zuschuss verloren sei, hat im Gesetz keine Stütze.

War der Berechtigte Miteigentümer, so wäre es sachgerecht, dass der Träger bei Rückgabe des Hilfsmittels den **prozentualen Zeitwert** an den Berechtigten auszahlt. Das steht allerdings nicht im Gesetz. § 753 BGB sieht insoweit vor, dass die Auflösung der Gemeinschaft durch Verkauf erfolgt. Der besonderen Konstellation in der Leistungserbringung entspricht es aber besser, dem Berechtigten bei Rückgabe des

Hilfsmittels einen Anspruch auf **nach objektiven Kriterien bemessenen Wertersatz** seines Anteils gegen den Träger zuzubilligen. Hierüber können und sollten aber zur Sicherheit ausdrückliche Vereinbarungen geschlossen werden.

4. Das Modell „Selbsterwerb“.

Denkbar ist auch der Erwerb des Hilfsmittels durch den behinderten Menschen selbst z.B. im Rahmen eines **persönlichen Budgets** (§ 17 Abs. 2 SGB IX) oder bei der Erbringung als Geldleistung (§ 9 Abs. 2 SGB IX). In einem solchen Fall gibt es drei Möglichkeiten. Entweder wird der Berechtigte Eigentümer oder der Träger oder es entsteht Miteigentum. Welche Variante gilt, muss vereinbart werden. **Im Zweifel** ist bei der Wahl eines teureren Hilfsmittels davon auszugehen, dass auch in solchen Fällen **Miteigentum** entsteht, denn das persönliche Budget dient nur der eigenständigen Organisation und Verwaltung durch den behinderten Menschen selbst. Eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist dazu aber nicht erforderlich. Sie würde zudem dem Berechtigten Risiken aufladen und die Rückgabe erschweren. Die Selbstbeschaffung steht also einer Rückgabe des Hilfsmittels an den Träger und einem Ausgleich für den geleisteten Zuschuss nicht entgegen. Zur Klarstellung sollte allerdings auch für solche Fälle eine Vereinbarung geschlossen werden.

III. Wiederverwertung von Hilfsmitteln

1. Der Einsatz gebrauchter Hilfsmittel durch den Träger

Es geht um die Frage, ob der Berechtigte die volle Differenz zwischen dem Neuwert des gewählten Hilfsmittels und einem beim Träger vorhandenen gebrauchten Standardhilfsmittel tragen muss. Hierzu ist zunächst einmal hervorzuheben, dass beim Neukauf der Reparaturbedarf geringer und die Nutzungsdauer länger ist. Der Träger zieht also hieraus auch einen Vorteil. Regelmäßig ist es auch so, dass das gebrauchte Hilfsmittel für einen anderen Berechtigten eingesetzt werden kann. Außerdem könnte der Antragsteller nur so lange mit höheren Kosten belastet werden, wie tatsächlich geeignete gebrauchte Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Die Berechnung wäre also nicht einfach und damit verwaltungsaufwändig. Entscheidender ist aber, die **Auslegung von § 31 Abs. 3 SGB IX**. Der Wortlaut spricht mehr dafür, dass dort nur die Kosten der aufwändigeren Ausführung gemeint sind. Sonstige Kosten sind als Kosten der Sicherung des Wahlrechts anzusehen, die hingenommen werden müssen.

2. Verwertbarkeit zurückgegebener Hilfsmittel

Heckmann beklagt am Beispiel des vom BSG entschiedenen Falles, der die Wahl eines Elektro-Shopriders betraf (BSG 3.11. 1999 – B 3 KK 16/99 –; siehe dazu Diskussionsbeitrag A 4/2005 in diesem Forum), dass bei außergewöhnlichen oder außergewöhnlich ausgestatteten Hilfsmitteln sich oft wenig Möglichkeiten der Weiterverwertung ergeben. Dazu ist zu sagen, dass auch dies notwendige Folge der Einführung eines Wahlrechts ist, die hingenommen werden muss. Abgesehen davon ist es heute aber kein Problem, einen Internetpool einzurichten, dem alle Träger ihre überschüssigen Hilfsmittel melden. Das dürfte das Problem minimieren.

III. Probleme mit § 14 SGB IX und bei Zuständigkeitswechsel

§ 14 SGB IX sieht vor, dass sich die Leistungspflicht gegenüber dem behinderten Menschen nicht nach der materiellen Zuständigkeit richtet sondern danach, ob der zunächst

angegangene Träger den Antrag innerhalb der ersten zwei Wochen an einen anderen Träger weiterleitet oder nicht; bei Weiterleitung ist der andere Träger ohne Rücksicht auf seine materielle Zuständigkeit grundsätzlich leistungspflichtig (siehe dazu Diskussionsbeitrag A 3/2005 in diesem Forum); der Träger, an den weitergeleitet wurde, hat einen **Erstattungsanspruch** gegen den materiell zuständigen Träger. Dieser Erstattungsanspruch² richtet sich nach den Regeln, die für den leistenden Träger gelten. Eine Rückforderung des Hilfsmittels vom Berechtigten ist ausgeschlossen (s. auch § 40 OrthVO). Bei dieser Regelung dürfte es eigentlich Differenzen nicht geben, dann der leistende Träger handelt nach seinen Regeln, der materiell zuständige Träger hat die dabei entstandenen Aufwendungen zu erstatten.

Bei **Zuständigkeitswechsel** ist es Aufgabe des bisherigen Trägers im Einvernehmen mit dem Berechtigten, die Leistungserbringung sachgerecht überzuleiten (Diskussionsbeitrag B 7/2006 in diesem Forum).

IV. Fazit:

Es ist möglich und sinnvoll, in diesen Bereichen den Problemen durch entsprechende Vereinbarungen vorzubeugen, die allerdings nicht zu Nachteilen für den Berechtigten führen dürfen.

Ihre Meinung zu diesem Diskussionsbeitrag ist von großem Interesse für uns. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

² Für den Leistungsanspruch selbst muss der nach § 14 SGB IX zuständig gewordene Träger die Regelungen des materiell zuständigen Trägers anwenden, vgl. Diskussionsbeiträge A 1/2004, A 3/2005, A 5/2005 A 1/2006 und A 2/2006 in diesem Forum mwN.